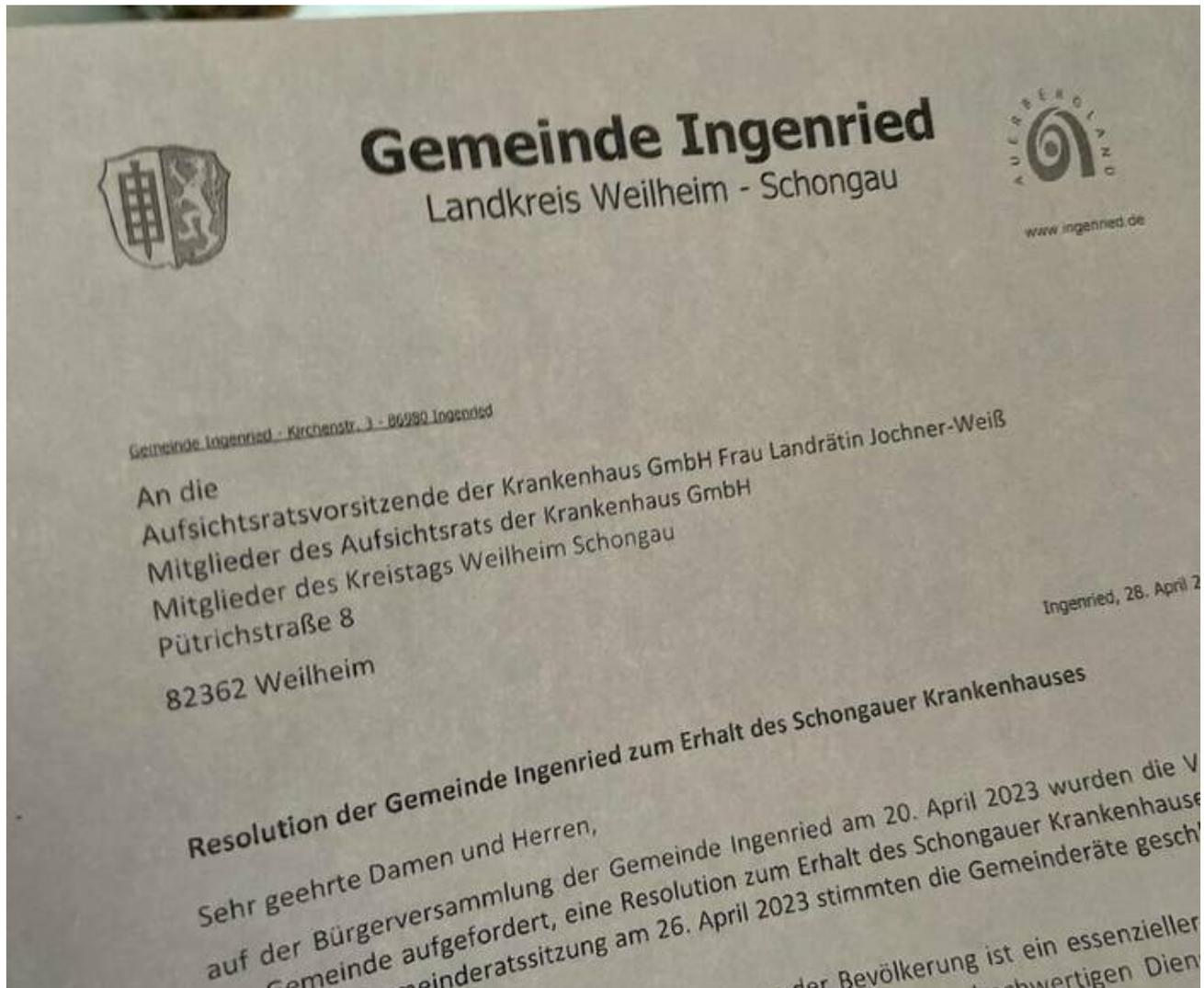


Resolution zum Erhalt des Schongauer Krankenhauses verfasst

Nach der Stadt Schongau hat nun auch Ingenried reagiert – Bürger können bis zum 19. Mai Anliegen einreichen



Die Gemeinde Ingenried hat eine Resolution zum „Erhalt des Schongauer Krankenhauses“ verfasst. Foto: wölfle

Ingenried – Das Thema „Erhalt des Schongauer Krankenhauses“ beschäftigt auch die Gemeinde Ingenried – die Bürger wie den Gemeinderat. Deshalb hat dieser nun eine Resolution verfasst, die bei der nächsten öffentlichen Sitzung am 24. Mai der Landrätin übergeben werden soll.

Ingenrieds Alt-Bürgermeister Xaver Fichtl hatte den Stein bei der Bürgerversammlung ins Rollen gebracht (wir berichteten). Er regte damals an, seitens

der Gemeinde deutlich und offiziell Stellung zu beziehen.

Das ist nun geschehen: Bereits sechs Tage nach dem Antrag Fichtls stimmten die Ingenrieder Gemeinderäte geschlossen für die Resolution, die sehr deutliche Worte enthält. Seit 8. Mai liegt diese auch der Landrätin Andrea Jochner-Weiß vor.

In dieser fordert die Gemeinde Ingenried die Verantwortlichen auf, „das deutliche Votum der Bürger des Bürgerentscheids vom Dezember 2022 ernst zu nehmen und mindestens eine vollumfängliche Notfallversorgung sowie die Geburtsstation im Standort Schongau zu erhalten, um somit eine langfristige, zukunftsfähige, wohnortnahe und gleichwertige Gesundheitsvorsorge für unsere Menschen in Ingenried zu gewährleisten.“

In den Diskussionen zur Zukunft des Krankenhauses Schongau fällt nämlich immer wieder das Argument: Der westliche Landkreis wird abgehängt. Für Ingenried als westlichster Ort des Landkreises gilt dies im Besonderen.

Deshalb wird in der Resolution die Situation der Gemeinde aufgezeigt: „36 Kilometer Entfernung und 30 Minuten einfache Fahrzeit zum nächstgelegenen Krankenhaus sind in einem Notfall nicht zu verantworten.“ Damit sei auch der Grundsatz, gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Bürger des Landkreises zu gewährleisten, nicht mehr erfüllt. Die Ingenrieder fühlen sich laut Resolution „im Kreistag nicht vertreten, gehört oder ernst genommen und insbesondere durch die vermeintlich getroffenen Entscheidungen hinsichtlich der Krankenhaus GmbH schlicht weniger Wert. Eine fragwürdige und unzureichende Informationspolitik verstärkt diesen Eindruck zusätzlich.“

Deutliche Worte aus dem Westen des Landkreises, zu denen die Landrätin am Mittwoch, 24. Mai, die Möglichkeit bekommen soll, Stellung zu beziehen. Da bei einer Gemeinderatssitzung Besucher und Gäste kein Rederecht haben, können alle Bürger der Gemeinde bis 19. Mai ihre Fragen und Anliegen schriftlich bei der Gemeinde einreichen. Dort werden sie gebündelt und Landrätin Jochner-Weiß vorgelegt. CHRISTINE WÖLFLE